

Verhandlungsschrift

Nr. 1/2019

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Gemeinde Lengau am Donnerstag, den 07.02.2019.

Sitzungsort: Sitzungssaal des Gemeindeamtes in Salzburger Straße 9

Anwesende:

1. Bürgermeister	Rippl	Erich
2. Vizebürgermeister	Reitmann	Michael
3. Vizebürgermeister	Standl	Franz
4. Gemeindevorstand	Pendelin	Erika
5. Gemeindevorstand	Voggenberger	Franz
6. Gemeindevorstand	Ing. Meindl	Rudolf
7. Gemeinderat	Moser	Friedrich
8. Gemeinderat	Hüttenbrenner	Herbert
9. Gemeinderat	Blechinger	Roswitha
10. Gemeinderat	Berner-Reitner	Silvia
11. Gemeinderat	Henschel	Simone
12. Gemeinderat	Schinwald	Josef
13. Gemeinderat	Weber	Michael
14. Gemeinderat	Meindl	Sabine Maria
15. Gemeinderat	Wallner	Johann
16. Gemeinderat	Lugstein	Josef
17. Gemeinderat	Meindl	Philipp
18. Gemeinderat	Reichel	Astrid
19. GR-Ersatzmitglied	Altmann	Anna (f. GV Asen Erwin)
20. GR-Ersatzmitglied	Mayer	Johann (f. GR Mayer Helmut)
21. GR-Ersatzmitglied	Fuchs	Johann (f. GR Freinhofer Marc)
22. GR-Ersatzmitglied	Weinberger	Herbert (f. GR Breitfuss Stefan)
23. GR-Ersatzmitglied	Standl	Martin (f. GR Eidenhammer Margit)
24. GR-Ersatzmitglied	Berner	Andrea (f. GR Schwenn Gabriele)
25. GR-Ersatzmitglied	PETER	Regina (f. GR Winkelmeier Hans)

Es fehlen:

1. GV Asen Erwin (entschuldigt) – dafür GREM Altmann Anna
2. GR Mayer Johann (entschuldigt) – dafür GREM Mayer Johann
3. GR Freinhofer Marc (entschuldigt) – dafür GREM Fuchs Johann
4. GR Breitfuss Stefan (entschuldigt) – dafür GREM Weinberger Herbert
5. GR Eidenhammer Margit (entschuldigt) – dafür GREM Standl Martin
6. GR Schwenn Gabriele (entschuldigt) – dafür GREM Berner Andrea
7. GR Winkelmeier Hans (entschuldigt) – dafür GREM PETER Regina

Der BM stellt fest, dass

- die Sitzung von ihm einberufen wurde,
- die Verständigung hierzu rechtzeitig und schriftlich an alle Mitglieder ergangen ist und der Termin der heutigen Sitzung im Sitzungsplan (§ 45 Abs. 1 O.Ö. GemO 1990) enthalten ist.

Die Kundmachung (**ANLAGE 1**) gemäß § 53 Abs. 4 O.ö. GemO 1990 am 25.01.2019 durch Anschlag an der Amtstafel erfolgte,

- die Beschlussfähigkeit gegeben ist
- Tonaufnahmen der heutigen Sitzung durch das Gemeindeamt angefertigt werden, welche nach Genehmigung des Protokolles gelöscht werden. Zusätzliche Tonaufnahmen sind entsprechend der Datenschutzgrundverordnung nicht zulässig.

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Der BM weist darauf hin, dass das Sitzungsprotokoll der GR-Sitzung Nr. 8 vom 13.12.2018 bis zur heutigen Sitzung während der Amtsstunden im Gemeindeamt zur Einsicht aufgelegt ist, während der Sitzung zur Einsicht noch aufliegt und gegen diese Verhandlungsschrift bis zum Sitzungsschluss Einwendungen eingebracht werden können.

Zum Schriftführer für diese Sitzung wird Herbert Nagl bestimmt.

Der BM setzt TOP 7 von der Tagesordnung ab, da es noch keine Entscheidung von der FF Utzweih-Igelsberg gibt.

Bei der letzten Sitzung gab es eine Anfrage unter §63a, hier wurden die Punkte bereits in der letzten Gemeinderatsitzung bearbeitet und somit verzichtet der BM auf eine Beantwortung heute.

Bei der heutigen Sitzung wird folgende Tagesordnung behandelt:

1. Genehmigung des Prüfungsberichtes der BH Braunau zum Nachtragsvoranschlag 2018
2. Kassenprüfung vom 22.01.2019 – Kenntnisnahme des Berichtes des Prüfungsausschusses
3. Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2018
4. Veränderung Öffentliches Gut im Bereich Lexngasse
5. Grundtausch im Bereich Käsereiweg und Mitterweg
6. Entscheidung über den Verkauf einer Teilfläche des Gst.Nr. 1594/4, KG Heiligenstatt
7. Entscheidung über den Grundankauf für den Neubau der FF-Zeugstätte Utzweih-Igelsberg
8. Genehmigung des Dienstbarkeitsvertrages mit der WG Friedburg
9. Beschluss über die Errichtung eines Geh- und Radweges mit Eisenbahnkreuzung von Lengau nach Schwöll und Genehmigung des Kostenanteiles sowie der Grundeinlösen
10. SPÖ-Antrag auf Durchführung und finanzielle Unterstützung von Selbstverteidigungskursen für Frauen
11. FPÖ-Antrag auf Errichtung einer E-Ladestation in Schneegattern

12. Raumordnungsangelegenheiten

- a) Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 97
Spatzenegger Norbert und Beate, Kühbichl 27, 5211 Friedburg, Gst. Nr. 529/2, 519 und 520, KG Friedburg, 3.022 m², Umwidmung von Betriebsbaugelände auf Gemischt Genutztes Baugebiet
- b) Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 98
Erhart Alexander, Teichstätt 85, 5211 Friedburg, Gst.Nr. 1939/2, KG Heiligenstatt; Umwidmung einer Teilfläche von ca. 200 m² von Wald auf Wohngebiet und einer Teilfläche von ca. 350 m² von Grünland auf Wohngebiet eingeschränkt auf Nebengebäude

13. Nachwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme in den Ausschuss für Soziales, Familie, Senioren, Wohnungsvergabe und Integration durch die GRÜNE-Fraktion

TAGESORDNUNG, BERATUNG UND BESCHLÜSSE

1. Genehmigung des Prüfungsberichtes der BH Braunau zum Nachtragsvoranschlag 2018

Der BM verliest den Prüfbericht der BH Braunau zum Nachtragsvoranschlag 2018 vom 22.01.2018 (**ANLAGE 2**) auszugsweise und berichtet, dass die Gebarung und der Nachtragsvoranschlag 2018 für in Ordnung befunden wurde.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den Prüfbericht der BH Braunau zum Nachtragsvoranschlag 2018 vom 22.01.2019 zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

2. Kassenprüfung vom 22.01.2019 – Kenntnisnahme des Berichtes des Prüfungsausschusses

Der Obmann des Prüfungsausschuss Johann Wallner verliest den Bericht über die durchgeführte Kassenprüfung vom 22.01.2019 in Anwesenheit von Herrn Wallner Johann, Weinberger Herbert, Hager Johann und Herrn Schinwald Josef als Ersatz für Frau Eidenhammer Margit und berichtet, dass die Gebarung für in Ordnung befunden wurde. Ebenso wurde der Rechnungsabschluss geprüft und für in Ordnung befunden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den Kassenprüfungsbericht über die durchgeführte Kassenprüfung vom 22.01.2019 zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung des Rechnungsabschlusses 2018

Der BM führt aus, dass der Rechnungsabschluss durch den Prüfungsausschuss am 22.01.2019 geprüft und im Finanzausschuss besprochen wurde. Ein Entwurf des Rechnungsabschlusses ist den Fraktionen zugegangen. Er erläutert, dass im ordentlichen Haushalt Einnahmen von € 9.913.672,56 Ausgaben von € 9.879.609,87 gegenüberstehen und somit ein Sollüberschuss in Höhe von € 34.062,69 erwirtschaftet wurde.

Im außerordentlichen Haushalt stehen Einnahmen von € 1.962.953,05 Ausgaben von € 1.997.953,05 gegenüber und ergeben somit einen Sollfehlbetrag von € 35.000,00. Der Sollfehlbetrag im ao. Haushalt resultiert aus noch ausstehenden Zahlungen des Landes in Höhe von € 35.000,00 (BZ-Mittel für den Straßenbau, welche in der Zwischenzeit bereits eingelangt sind).

Er verweist auf die Aufstellung der Steuereinnahmen und die Darstellung der Schulden der Gemeinde Lengau. Positiv bewertet er das Ansteigen der Kommunalsteuer.

Der BM gibt einen Überblick über die Schulden der Gemeinde Lengau, welche aus dem Kanalbau entstanden sind. Aufgrund der vorsichtigen Budgetierung war es möglich diesen erfreulichen Sollüberschuss zu erzielen. Er bedankt sich bei den Fraktionen für die gute Zusammenarbeit um dieses Ergebnis zu erzielen.

GV Meindl erkundigt sich woher der negative Betrag bei der Lustbarkeitsabgabe kommt. Der BM führt an, dass diese abgeschafft wurde, aber es mussten noch € 291,00 rückvergütet werden.

GV Voggenberger kündigt Zustimmung an und betont den Nutzen des INKOBA-Gebietes.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g

den Rechnungsabschluss der Gemeinde Lengau für das Jahr 2018 zur Kenntnis zu nehmen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 25

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Der BM informiert, dass in der gestrigen Versammlung des Vereines INKOBA die Ausschüttung von € 200.000.—beschlossen wurde. Der Anteil der Gemeinde Lengau beträgt € 110.000.--

4. Veränderung Öffentliches Gut im Bereich Lexngasse

Der Obmann des Bauausschusses GV Meindl berichtet, dass in der Sitzung des Bauausschusses am 08.01.2019 über die Veränderung des Öffentlichen Gutes im Bereich Lexngasse beraten wurde und einstimmig beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen einem Verkauf der Teilfläche des Gst.Nr. 730, KG Friedburg zwischen dem Wohnhaus Karrer und dem Abstellplatz (Gst.Nr. 126/2) zum Preis von € 35,00 pro m² an die Familie Karrer zuzustimmen. Der verbleibende Teil des westlichen Astes des Gst.Nr. 730 im Bereich der Liegenschaft Doros soll in der Form flächengleich getauscht werden, dass der östliche Ast auf den Bestand vermessen wird und die Restfläche als Umkehrfläche im öffentlichen Gut verbleibt. Die Kostenaufteilung soll nach den Flächenausmaßen erfolgen.

Der BM stellt den

A n t r a g

der Veränderung des öffentlichen Gutes im Bereich Lexngasse in der vorgetragenen Form zuzustimmen. Die Vermessungskosten sind entsprechend dem Flächenausmaß zu übernehmen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

5. Grundtausch im Bereich Dorfstraße und Mitterweg

Der Obmann des Bauausschusses GV Meindl führt an, dass die Realität mit der Planwahrheit grundsätzlich hier nicht gegeben ist. Es zieht sich schon eine Weile hin, dass hier ein Kanal teilweise auf Privatgrund ist.

Er berichtet, dass in der Sitzung des Bauausschusses am 08.01.2019 beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen dem geplanten flächengleichen Grundtausch zuzustimmen. Er berichtet, dass er für einen verlaufenden Bereich eingetreten ist und erklärt dies anhand eines Planes.

Der BM hat ebenfalls mit Herrn Pöckl gesprochen. Er zeigt sich erfreut, dass dieser flächengleiche Tausch eine Bereinigung mit dem Kanal darstellt. Verlaufend ist zur Zeit leider nicht möglich.

GV Voggenberger berichtet, dass im Bauausschuss dieser Grundtausch beschlossen wurde, da der Grundeigentümer keine weiteren Flächen zur Verfügung stellt.

GV Meindl sieht darin einen Mehraufwand und kündigt daher an dem Tausch nicht zuzustimmen.

Der BM sieht hier ein Entgegenkommen der Gemeinde.

Der BM stellt den

A n t r a g

den geplanten flächengleichen Grundtausch zuzustimmen und die Vermessungskosten aufzuteilen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 20 Ja
5 Enthaltungen (FPÖ-Fraktion)

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

6. Entscheidung über den Verkauf einer Teilfläche des Gst.Nr. 1594/4, KG Heiligenstatt

Der Obmann des Bauausschusses GV Meindl berichtet, dass in der Sitzung des Bauausschusses am 08.01.2019 beschlossen wurde, dem Gemeinderat zu empfehlen dem Verkauf der Teilfläche von ca. 12,5 m² des Gst.Nr. 1594/4 zum Preis von € 35,00 pro m² zuzustimmen sofern die Restfläche des Gst.Nr. 1594/4 nicht beeinträchtigt wird. Die Grünfläche muss von Herrn Winkelmeier ordentlich befestigt werden, damit es zu keinen Nachrutschungen kommt.

Der BM stellt den

A n t r a g

dem Verkauf der Teilfläche von ca. 12,5 m² des Gst.Nr. 1594/4 zum Preis von € 35,00 pro m² zuzustimmen sofern die Restfläche des Gst.Nr. 1594/4 nicht beeinträchtigt wird. Die Kosten für die Vermessung und Verbücherung sind durch den Käufer zu tragen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wurde einstimmig genehmigt.

7. Entscheidung über den Grundankauf für den Neubau der FF-Zeugstätte Utzweih-Igelsberg

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

8. Genehmigung des Dienstbarkeitsvertrages mit der WG Friedburg

Der BM verliest das Ansuchen der WG Friedburg (**ANLAGE 3**) um Genehmigung des Gestattungsvertrages mit der WG Friedburg für die Verlegung einer Wasserleitung im Öffentlichem Gut der Gemeinde Lengau im Bereich Burgweg, Thiergartenstraße und Schubertweg. Ein Entwurf des Gestattungsvertrages ist den Fraktionen zugegangen.

GR Reichel erkundigt sich wo dieses Grundstück ist.

GV Meindl fragt nach ob diese Leitungen schon verlegt wurden, was GV Pendelin bestätigt. Für die Wasserechtsverhandlung benötigt man die Bestätigung der Gemeinde, dass diese der Verlegung im öffentlichem Gut zustimmt.

Der BM führt an, dass die Leitungen bereits da waren und nur erneuert wurden.

Der BM stellt den

A n t r a g

den vorliegenden Gestattungsvertrag (**ANLAGE 3**) über die Verlegung einer Wasserleitung im Öffentlichem Gut der Gemeinde Lengau zu genehmigen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

9. Beschluss über die Errichtung eines Geh- und Radweges mit Eisenbahnkreuzung von Lengau nach Schwöll und Genehmigung des Kostenanteiles sowie der Grundeinlösen

Der BM ruft in Erinnerung, dass diese Angelegenheit bereits bei der letzten Sitzung vorgesehen war und aufgrund von nicht ausreichenden Unterlagen von der Tagesordnung abgesetzt wurde. Es gab einige Besprechungen über die Sicherung der Eisenbahnkreuzung, wo auch die Fraktionen anwesend waren. Es geht um eine große Summe.

Bei der Vorsprache am 29.01.2019 bei LR Mag. Steinkellner wurde durch das Land mitgeteilt, dass die Errichtung des Geh- und Radweges von Lengau nach Schwöll für die Gemeinde Lengau Kosten in Höhe von € 465.000.—verursachen wird. In diesen Kosten enthalten sind die Verlegung der Landesstraße im Bereich der Eisenbahnkreuzung, die anteiligen Kosten für die Errichtung und Erhaltung der Schrankenanlage bei der Eisenbahnkreuzung, die Kosten für die Errichtung des Geh- und Radweges und einer zusätzlichen Brücke über den Hainbach.

Durch LR Mag. Steinkellner wurde eine finanzielle Unterstützung aus Mitteln der Verkehrssicherheit in Höhe von € 50.000.—zugesagt. Im Gegenzug gibt es bis 2021 keine derartigen Mittel mehr für die Gemeinde Lengau. Zusätzlich ist die Verwendung einer Ausschüttung aus den Kommunalsteuereinnahmen INKOBA in Höhe von € 55.000,00 vorgesehen.

Der BM gibt bekannt, dass er mit den Grundeigentümern Herrn Forthuber, Herrn Pär und Herrn Prossinger gesprochen hat. Diese haben Zustimmung signalisiert. Herr Plackner hat eine Grundabtretung abgelehnt. Hier muss man noch in Verhandlungen treten. Baubeginn soll 2020/2021 sein. Er erinnert an die anderen Bahnhöfe wie Steindorf die umgebaut werden sollen. Die Elektrifizierung von Steindorf bis Friedburg soll erfolgen. In Friedburg soll auch der P+R für 100 PKW, sowie 30 Mopeds und Fahrräder entstehen. 2021 mit der Umstellung des Fahrplanes wird erstmalig die S-Bahn von Salzburg bis Schwöll abfahren. Es gibt dann einen Halb-Stunden Takt in Kombination mit der REX. Evtuell wird ein Shuttledienst von Palfinger und anderen Firmen eingereicht. Für die Region Lengau, Bach etc. entsteht die Möglichkeit auf einem sicheren Geh- und Radweg zu fahren. Er spricht sich für eine Zustimmung aus, da ein späterer Umbau der Eisenbahnkreuzung unverhältnismäßig höher wären.

GV Meindl erläutert, dass die Sicherung der Eisenbahnkreuzung an der Landesstraße keine Kosten für die Gemeinde verursachen würde. Durch die Verlegung des Geh- und Radweges entstehen die vorgetragenen Kosten für die Gemeinde. Hier gibt es auch einen Beschluss, dass dieser gemacht werden soll. Zur Zeit gibt es nur 2 Grundeigentümer die definitiv zusagen. Er weist darauf hin, dass es ein Schildbürgerstreich wäre, wenn eine Sicherung der Eisenbahnkreuzung für den geplanten Geh- und Radweg errichtet wird und der Geh- und Radweg aufgrund der fehlenden Zustimmung der Grundeigentümer nicht errichtet werden würde.

Der BM stimmt dem zu, er hat mit drei Grundeigentümern gesprochen, diese gaben ihm die Zustimmung. Wenn es bei Verhandlungen soweit kommt, dass diese den Grund nicht hergeben muss man prüfen ob man dem Druck nachgibt oder wird der Druck über die Bevölkerung ausgeweitet. Dennoch sieht er es so, dass wenn die Umfahrung kommt, dann wäre dies Gemeindestraße und müsste zur Gänze von der Gemeinde übernommen werden. Die Grundeinlöseverhandlungen müssen im Vorfeld durchgeführt werden. Sollte das nichts werden, hat man immer noch einen sicheren Übergang bei der Kreuzung. Zu einem späteren Zeitpunkt sind die Kosten höher. Er tritt dafür ein mit den Grundeigentümer eine diesbezügliche Vereinbarung abzuschließen. Vorher wird das Land mit keinen Maßnahmen beginnen.

GV Voggenberger spricht sich für die Fassung eines Grundsatzbeschlusses aus. Er weist in diesem Zusammenhang auf den geplanten Billa-Markt hin. Er sieht darin einen Beitrag für die Verkehrssicherheit.

GR Wallner weist darauf hin, daß in der Sitzung des Finanzausschusses am 22.01.2019 besprochen wurde eine Angebotslegung vom Geh- und Radweg vom Bahnhof bis zur Kreuzung einzuholen. Dort gab es eine Aussage, dass wenn 2020/22 die Umfahrung Lengau kommen sollte, dort sowieso keine Personen mehr hinauffahren werden und man sich das sparen könnte. Dies soll nur eine Anregung sein, Sicherheit geht vor, aber man sollte noch ein Angebot einholen.

Der BM erläutert, dass geprüft wird, ob die geplante Umfahrung Lengau unterirdisch erfolgen soll. Bei der Vorsprache bei LR Mag. Steinkellner wurde ein Baubeginn für die Umfahrung erst nach 2021 in Aussicht gestellt. Ihm geht es hier um die Verkehrssicherheit. Verhandlungen sind noch zu führen, er denkt es wird sich eine Lösung finden.

VBM Reitmann weist darauf hin, dass es bereits einen Grundsatzbeschluss für den Geh- und Radweg gibt. Sollte Herr Plackner einer Grundabtretung nicht zustimmen beginnt der Radweg etwas später. Er sieht trotzdem einen Nutzen durch die Errichtung des Radweges als vernünftige Verkehrslösung für den Anschluss an den Bahnhof Schwöll und für den zukünftigen Billa-Markt. Er denkt, dass dort viele Kinder und Jugendlichen fahren werden und er sieht die Gemeinde in der Pflicht hier eine vernünftige Verkehrslösung zu finden.

VBM Standl kündigt ebenfalls Zustimmung an. Er bedauert die mangelnde Verhandlungsbasis der Mitarbeiter der ÖBB gegenüber der Gemeinde. Er betont, dass dies ohne die Einnahmen aus INKOBA nicht möglich wäre. Er hat den Eindruck, dass es anscheinend nicht mehr wichtig ist, Arbeitsplätze in der Gemeinde zu schaffen. Wenn man einen anderen Weg geht, wird man sich gewissen Sachen nicht mehr leisten können.

Der BM erläutert, dass in den letzten Jahren € 2.100.000.— in verkehrssichernde Maßnahmen investiert wurde. Dies ist eine weitere Maßnahme die Verkehrssicherheit herzustellen. Bei den Eisenbahnkreuzungen Bodit und Palfinger muss die Gemeinde Lengau jeweils ca. € 350.000.— aufbringen. Zwei Eisenbahnkreuzungen wurden aufgelassen, für die bekommen wir je € 30.000,—. Für jede neu errichtete auf der Gemeindestraße bekommt man vom Bund über € 50.000. BZ-Möglichkeiten gibt es ev. auch noch. Er kündigt an zusätzliche finanzielle Unterstützung zu beantragen.

GR Schinwald zeigt sich erfreut über diesen Geh- und Radweg. Er verweist auf die Problemstellen bis zur Firma Lugstein.

Der BM erklärt, dass man nicht gleich alles sichern kann. Es geht nur etappenweise.

GV Meindl kündigt Zustimmung seiner Fraktion an und hofft, dass die Grundeigentümer bei ihrem Wort bleiben. Die Eisenbahn hat hier eine bessere rechtliche Stellung als die Gemeinde durch die Eisenbahnkreuzungssicherungsverordnung. Er empfindet es außerdem nicht so, dass hier Arbeitsplätze verhindert werden sollen. Das ist nicht der Fall, aber es soll dort sein wo es in der Raumordnung vorgesehen ist. Im Inkobagebiet war seine Fraktion immer dafür.

Der BM stellt den

A n t r a g

der Errichtung des Geh- und Radweges zuzustimmen, das vorliegende Übereinkommen mit dem Land (**ANLAGE 4**) und die Übernahme des Kostenanteiles und die erforderlichen Grundeinlösen zu genehmigen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

10. SPÖ-Antrag auf Durchführung und finanzielle Unterstützung von Selbstverteidigungskursen für Frauen

VBM Reitmann verliest den Antrag der SPÖ-Fraktion (**ANLAGE 5**) vom 21.01.2019. Diese Kurse sollen für Frauen angeboten werden, welche nicht unter die Kurse in der Schule fallen. Der Gemeinderat möge beschließen, Selbstverteidigungskurse für Frauen zu organisieren, die nicht von der Schule organisiert werden. In der Schule gibt es diese Kurse für die Kinder der 4. Klasse NMS und einen für alle Kinder der NMS wo es um Gewaltprävention und Selbstverteidigung geht. Diese werden gesondert behandelt. Hier geht es nun um einen Kurs den die Gemeinde organisieren und finanziell unterstützen soll.

GREM PETER begrüßt den Vorschlag und findet parallel die Gewaltprävention für sinnvoll. In den Schulen findet sie es sinnvoll dies getrennt für Buben und Mädchen zu machen. VBM Reitmann berichtet, dass dies bereits durchgeführt wird und die Details im Ausschuss beschlossen werden sollen.

Der BM gibt bekannt, dass durch das Land Selbstverteidigungskurse finanziert wurden. Diese Förderungen wurden in der Zwischenzeit eingestellt. Er hat mit Fachinspektor Scharinger gesprochen, dass sich die Elternvereine bemühen und hier noch kleine Förderungen erhalten. Derartige Kurse werden auch über Fitnesscenter angeboten. Er erläutert, dass er € 20.— Selbstbehalt pro Teilnehmerin bei Kursen bis max. 20 Teilnehmer für realistisch hält. Ab Ende März wären Räumlichkeiten in den Turnsälen der NMS frei und könnten diese Kurse durchgeführt werden.

GR Wallner begrüßt die Initiative und verweist auf die Übergriffe.

GR Weber kündigt Zustimmung an. Ob diese Kurse durch die Gemeinde oder durch die VHS angeboten werden sollen wäre zu diskutieren. In der Schule ist Frau Vietz zuständig, dort werden Kurse für Mädchen der vierten Klasse um € 25 angeboten. Über den Elternverein werden Kurse zur Deeskalation für Kaben und Mädchen angeboten. Er bedauert, dass derartige Kurse relativ teuer sind mit € 55 und daher nicht sehr zahlreich besucht werden. Er wünscht sich eine finanzielle Unterstützung durch den Jugendausschuss. Man könnte den Elterverein gleich mit einem Fixbetrag unterstützen, dann kommt man mit den Kosten runter.

VBM Reitmann berichtet, dass er heute mit Frau Bruckmüller darüber gesprochen hat und er sich ebenfalls eine finanzielle Unterstützung vorstellen kann.

GR Weber berichtet, dass der Zuschuss bei Schikursen für Kinder aus der Gemeinde Pöndorf nicht die gleiche Höhe wie in Lengau aufweist. Die Kinder die in unserer Schule gehen, sollten gleich behandelt werden. Man könnte der Gemeinde Pöndorf eine Art Jahresbericht zur Verfügung stellen, wo die Kosten angeführt werden. Vielleicht kann man etwas rückvergüten.

GR Reichel wünscht zusätzliches Antiaggressionstraining für Männer und nicht nur Selbstverteidigung für Frauen.

VBM Standl sieht Einigkeit darüber nach den Vorfällen der letzten Wochen. Er bedauert, dass im Jahr 2019 über derartige Probleme diskutiert werden muss. Er sieht alle Bürger gefordert, dass Gewalt gegen Frauen in keiner Form toleriert werden kann. Er kündigt Zustimmung an.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Angelegenheit an den Ausschuss für Kindergarten, Schule und Jugend zur Ausarbeitung der Details zuzuweisen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

11. FPÖ-Antrag auf Errichtung einer E-Ladestation in Schneegattern

GV Meindl verliest den Antrag der FPÖ-Fraktion vom 17.01.2019 (**ANLAGE 6**) auf Errichtung einer Doppelladestation in Schneegattern auf dem Areal der Firma Feldbacher/Spar. Er hat diesbezügliche Gespräche mit der Sparzentrale in Marchtrenk, Spar Schneegattern und Herrn Feldbacher gesprochen. Hier gibt es Zusagen und Unterstützung. SPAR wird weiterhin auf E-Autos umstellen. Er ersucht um Unterstützung für die Fassung eines Grundsatzbeschlusses und Zuweisung an den Bauausschuss. Es gibt bereits einige Parkplätze dort die in Gemeindeeigentum sind, hier wäre grundsätzlich die Möglichkeit der elektrischen Anbindung gegeben.

Der BM spricht sich für die Unterstützung der E-Mobilität aus. Er sieht ein Problem darin, dass die Ladestation auf Privatgrundstücken errichtet werden soll. Er spricht sich für einen Platz im Bereich der Volksschule aus. Hier gibt es einen leistungsgerechten Stromanschluss. Er weist darauf hin, dass durch die Fa. Spar auch Parkplätze im Gemeindebesitz genutzt werden. Er spricht sich für eine Behandlung durch den Zukunftsausschuss aus und gemeinsam mit Herrn Emersberger einen geeigneten Platz zu finden.

GV Meindl kündigt eine Abänderung des Antrages dahingehend an, dass ein Grundsatzbeschluss für eine E-Tankstelle in Schneegattern gefasst werden soll.

VBM Standl ist für eine E-Ladestation. Er berichtet, dass eine Bekannte von ihm ein E-Auto besitzt und sie bei einer Fahrt nach Linz vorher die Stau- und Wettersituation erkunden muss. Er sieht die Technik noch in den Kinderschuhen. Er hat ebenfalls mit Herrn Eichler und Herrn Feldbacher darüber gesprochen. Herr Feldbacher hat eine gemeinsame Besprechung angeregt. Ihm ist egal in welchem Ausschuss dies behandelt wird. Die Unklarheiten sollten vorher beseitigt werden und dann kann man dies im Gemeinderat beschließen.

VBM Reitmann weist darauf hin, dass diese Ladestation nicht für Bewohner von Schneegattern errichtet wird. Derzeit gibt es in Schneegattern nur ein Elektroauto bei der Fa. MAFI. Er hinterfragt, warum die Gemeinde eine Tankstelle betreiben soll, obwohl die Bewohner der Gemeinde ihre Fahrzeuge zu Hause aufladen werden. Kann mit dieser Ladestation auch E-Bikes aufgeladen werden und wieviel verlangt die Fa. Feldbacher oder die Fa. Spar. Hier sind noch einige Fragen offen, deshalb unbedingt dem Ausschuss zuweisen und kritisch zu hinterfragen ob wir diese Dichte an Tankstellen brauchen. Er hat gelesen, dass es andere Technologien gibt bzw. in eine andere Richtung hingearbeitet wird. Man weiß noch nicht ob sich das E-Auto durchsetzen wird.

GV Meindl zeigt sich überrascht, dass der Beschluss im Vorstand ohne Bedenken gefasst wurde. In Lengau und Friedburg gab es beim Beschluss keine Wortmeldungen. Wenn keine Tankstelle da ist, wird sich die Technologie auch nicht entwickeln. Bei einer solchen Tankstelle überlegen sich ev. Schneegatterer ein solches Auto zu fahren für kurze Strecken.

VBM Reitmann führt an, dass diese zu Hause tanken werden. Keiner stellt sich vor den Spar wenn er ein paar Meter davon weg wohnt.

GR Moser kündigt einen Lokalausweis nach der Schneeschmelze an.

GV Voggenberger geht davon aus, dass einige Tankstellen erforderlich sein werden. Er informiert, dass ab 1.3.2019 neue Förderungen gewährt werden. Pro Zapfsäule werden bis zu € 20.000 ausgeschüttet. In Mondsee kam es zum Problem durch Dauerparker, welche über Nacht den Parkplatz besetzen. Die Systeme der einzelnen Tankstellen muss man sich ansehen. Er sieht in der Technologie keinen Fortschritt für die Umwelt.

GR Meindl Philipp räumt ein, dass die Produktion eines E-Autos nicht umweltfreundlich ist. Bei 60.000 km ist ein E-Fahrzeug CO₂-neutral. Es geht darum welche Stationen man nimmt und was man sich anbieten lässt. Die in Mondsee sind am fortschrittlichsten. Sicher kann man auch daheim laden, aber jeder der ein Elektroauto hat, braucht eine Wallbox, die er sich durch die Tankstelle in der Nähe spart.

Der BM stellt den

A n t r a g

die Errichtung einer weiteren E-Tankstelle in Schneegattern an den Ausschuss für Umwelt, Energie und Zukunft zu verweisen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

12. Raumordnungsangelegenheiten

a) Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 97

Spatzenegger Norbert und Beate, Kühbichl 27, 5211 Friedburg, Gst. Nr. 529/2, 519 und 520, KG Friedburg, 3.022 m², Umwidmung von Betriebsbaugebiet auf Gemischt Genutztes Baugebiet

Der Obmann des Bauausschusses GV Meindl verliest den Antrag der Familie Spatzenegger auf Umwidmung der Gst.Nr. 529/2, 519 und 520, KG Friedburg, von Betriebsbaugebiet auf Gemischt genutztes Baugebiet und berichtet, dass in der Sitzung des Bauausschusses am 08.01.2019 beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen ein Verfahren zur Umwidmung dieser Grundstücke und der Änderung des ÖEK einzuleiten. Bei der Änderung Nr. 85 wurde durch das Land festgestellt, dass dieses Betriebsbaugebiet zu nahe an der Umwidmungsfläche ist. Durch die Familie Spatzenegger wurde der Tischlereibetrieb eingestellt. Die Bestattung soll weiter betrieben werden, dies ist auch im gemischt genutztes Baugebiet möglich.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren zur Umwidmung der Gst.Nr. 529/2, 519 und 520, jeweils KG Friedburg, von Betriebsbaugebiet auf gemischt genutztes Baugebiet einzuleiten und das ÖEK entsprechend anzupassen.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

b) Flächenwidmungsplan-Änderung Nr. 98

Erhart Alexander, Teichstätt 85, 5211 Friedburg, Gst.Nr. 1939/2, KG Heiligenstatt: Umwidmung einer Teilfläche von ca. 200 m² von Wald auf Wohngebiet und einer Teilfläche von ca. 350 m² von Grünland auf Wohngebiet eingeschränkt auf Nebengebäude

Der Obmann des Bauausschusses GV Meindl verliest den Antrag von Herrn Erhart Alexander auf Umwidmung einer Teilfläche des Gst.Nr. 1939/2 im Ausmaß von ca. 200 m² von Wald auf Wohngebiet und einer Teilfläche von ca. 350 m² von Grünland auf Wohngebiet eingeschränkt auf Nebengebäude. Durch DI Kölblinger wurde eine Rodung der angeführten Teilfläche in Aussicht gestellt und damit eine Umwidmung ermöglicht. Es hat eine Besprechung mit den Referenten des Landes gegeben. Diese können sich dies grundsätzlich vorstellen, es ist auch eine Nutzung nur für Nebengebäude möglich. Die Ausschussmitglieder haben festgestellt, dass dieser Bereich wo das Nebengebäude errichtet werden soll, hochwassergefährdet ist. Aus diesem Grund gab es bereits Ablehnungen für andere Grundstücke in diesem Bereich.

GV Meindl informiert, dass in der Sitzung des Bauausschusses am 08.01.2019 beschlossen wurde dem Gemeinderat zu empfehlen ein Verfahren zur Änderung einer Teilfläche von ca. 200 m² des Gst.Nr. 1939/2, KG Heiligenstatt von Wald auf Wohngebiet einzuleiten. Es wurde auch beschlossen, das Verfahren für die 350 m² von Grünland auf Wohngebiet eingeschränkt auf Nebengebäude nicht einzuleiten.

VBM Reitmann hinterfragt warum die beantragte Wohngebietswidmung, eingeschränkt auf Nebengebäude, trotz positiver Beurteilung durch die Sachverständigen des Landes im Bauausschuss abgelehnt wurde. Der Obmann erläutert, dass dies durch ein abgelehntes Wohngebiet in der Nähe und der Überflutung in diesem Bereich begründet wurde. Er sieht den Gefahrenzonenplan als wichtige Grundlage.

GV Voggenberger merkt an, dass dies im Bauausschuss diskutiert und nicht als gravierend gesehen wurde.

Der BM erinnert an den Gefahrenzonenplan.

Der BM stellt den

A n t r a g

ein Verfahren zur Umwidmung einer Teilfläche des Gst.Nr. 1939/2, KG Heiligenstatt, im Ausmaß von ca. 200 m² von Wald auf Wohngebiet und zur Änderung des ÖEK einzuleiten.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 25 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

Der BM stellt den

A n t r a g

Kein Verfahren zur Umwidmung einer Teilfläche des Gst.Nr. 1939/2, KG Heiligenstatt, im Ausmaß von ca. 350 m² von Grünland auf Wohngebiet eingeschränkt auf Nebengebäude einzuleiten.

Abstimmung durch Handerheben; Abstimmungsergebnis: 16 Ja
9 Enthaltungen ÖVP, Grüne und VBM Reitmann

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt.

13. Nachwahl eines Mitgliedes mit beratender Stimme in den Ausschuss für Soziales, Familie, Senioren, Wohnungsvergabe und Integration durch die GRÜNE-Fraktion

Der BM informiert, dass Frau Schober Maria ihr Mandat als Ersatzmitglied im Ausschuss für Soziales, Familie, Senioren, Wohnungsvergabe und Integration zurückgelegt hat.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen stellt der BM den

A n t r a g an die abstimmungsberechtigten Mitglieder der GRÜNE-Fraktion

Sylvia Zuckerstätter als Mitglied mit beratender Stimme in den Ausschuss für Soziales, Familie, Senioren, Wohnungsvergabe und Integration zu wählen.

Abstimmungserklärung: dem Antrag stimmten zu: 2 Ja

B e s c h l u s s

Der Antrag des BM wird einstimmig genehmigt.

14. Allfälliges

Anfragen:

- GREM Peter verliest ihr Anliegen:

Die letzte GR-Sitzung hat mich sehr betroffen gemacht und um mein Anliegen so emotionsneutral wie möglich zu vermitteln, ziehe ich das Vorlesen dem Freisprechen vor: Ich denke, das Sitzungsklima sollte dringend ein besseres werden. Persönliche Kränkungen und Beleidigungen sind ja eigentlich zwischenmenschlich grundsätzlich unschön, aber insbesondere in solchen Gremien wie diesem meiner Meinung nach zu vermeiden. Sprache kann sehr verletzen und ein gesprochenes Wort kann man nicht zurückziehen. Es macht immer etwas mit dem Gegenüber und die gegenseitige Bekämpfung verhindert konstruktives Arbeiten. Wir sind in unterschiedlicher Stärke von der Bevölkerung in den Gemeinderat gewählt worden, somit vertreten wir Menschen mit unterschiedlichen Bedürfnissen. Das ist doch das Prinzip einer Demokratie.

Es ist wohl klar, dass die verschiedenen Parteien in manchen Punkten unterschiedlicher Meinung sind. Alle Fraktionen beraten sich vor einer Sitzung - getrennt - über die Tagesordnungspunkte, kommen dann, wie heute, zusammen und es wird abgestimmt.

Wenn Parteien deckungsgleich denken, ist das doch positiv.

Wenn sich aus einer Übereinstimmung eine Mehrheit ergibt die etwas bewirkt, dann ist das eben so, das muss man akzeptieren. Und wenn eine Bevölkerungsgruppe durch eine Initiative dazu beiträgt, ist das etwas Positives und zeigt das Interesse an dem, was politisch geschieht. Die Menschen machen nur von ihrem Recht Gebrauch, ihre Meinung einzubringen. Das gehört auch zu den Grundfesten der Demokratie.

Wir müssen einander nicht lieben, aber wir - und da nehme ich mich selbst nicht aus - müssen einander mit Respekt begegnen und Mehrheitsbeschlüsse akzeptieren. Kampf und Streit vergiften den Blick auf das Wesentliche.

In diesem Sinne bitte ich darum, sich auf Sachpolitik zu konzentrieren und persönliche Befindlichkeiten zu vermeiden. Das sind wir unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern schuldig. Danke fürs Zuhören

- GR Reichel verliest ein Schreiben von GREM Hager und GR Winkelmeier in dem diese um Streichung folgender Passagen im GR-Protokoll vom 13.12.2018 nach Rücksprache mit dem BM und VBM Reitmann ansuchen:
TOP 17, vorletzter Absatz des Protokolls: „...und er empfiehlt GR Winkelmeier ein Gedächtnistraining zu absolvieren, da er ständig falsche Summen zitiert.“
Allfälliges, Anfrage GR Johann Hager: „... und ich erachte die Frage als dumm.“ Die genannten Personen sind übereingekommen, dass diese beiden Textzeilen aus sachlichen Gründen nicht protokolliert werden müssen, weil sie keine inhaltlichen relevanten Aussagen zu den besprochenen Themen beinhalten. Wir ersuchen um positive Erledigung des Antrages.
Der BM stellt den Antrag die angeführten Passagen aus der aufliegenden Verhandlungsschrift über die Sitzung am 13.12.2018 zu streichen. Abstimmung durch Handerheben: 20 Ja; 5 Nein (FPÖ-Fraktion). Der Antrag des BM wird mehrheitlich genehmigt und in der Niederschrift über die Sitzung des Gemeinderates vom 13.12.2018 sind die angeführten Passagen zu streichen.
- GV Meindl erkundigt sich ob der Antrag über die Streichung in diesem Gemeindeprotokoll aufgenommen hat, was der AL bejaht. Somit ist auch seine Fraktion einverstanden, da es ihm wichtig ist, dass dies protokolliert wird.
- GR Reichel erkundigt sich warum die Protokolle nicht mehr in vollem Umfang veröffentlicht werden. Es gibt auch einen GR-Beschluss, dass die Protokolle veröffentlicht werden müssen. Der BM erläutert, dass dies aus Gründen der DSGVO erfolgte. Lt. Gemdat ist dies so möglich. Sofern er die Zustimmung von allen hat, wird das Protokoll wieder in vollem Umfang veröffentlicht. GREM Peter hätte vorzeitig eine Information für sinnvoll erachtet. GV Meindl erinnert, dass es einen Beschluss vom Landtag gibt, seit 01.01.2019 hat die Veröffentlichung von Protokollen mit der Gemeinderechtsnovelle eine gesetzliche Grundlage bekommen. Protokolle von GR-Sitzungen dürfen grundsätzlich zur Gänze seit 01.01.2019 veröffentlicht werden. Er spricht sich für eine gesamte Veröffentlichung der Protokolle aus. Der BM sah darin nur einen Schutz durch die Nichtveröffentlichung der Namen. GREM Peter merkt an, dass dies kein Vorwurf sein sollte, sondern sie hätte gerne eine Info gehabt, bzw. hätte dies vorher besprochen werden sollen.

- GV Meindl bittet um Info bzgl. der Aufsichtsbeschwerde Billamarkt. Der BM hat diese nicht hier. Der AL erklärt, dass bei den Einwendungen angeblich die Einwendung von Frau Pointinger nicht im Gemeinderat dabei war. Von der Gemeinde wurde dies so begründet, dass sich alle Einwendungen auf die Verkehrssituation berufen haben. Die anderen Einwendungen wurden aber sehr wohl behandelt und durch den Gemeinderat zur Kenntnis genommen. Der BM erklärt, dass dies erst rechtlich durch die Rechtsabteilung des Amtes der o.ö. Landesregierung abgeklärt wird.
- GV Pendelin lädt den GR am 11.03.2019 zum Audit Familienfreundliche Gemeinde ein. GV Meindl erkundigt sich wo sich Personen melden sollen.
- Der Amtsleiter informiert, dass die Schulaufsicht in der VS Friedburg am Morgen früher durch eine Reinigungskraft vorgenommen wurde. Da diese nicht mehr zur Verfügung steht wurde versucht, für die Zeit von 07.15 bis 07.45 Uhr Ersatz zu finden. Derzeit ist lediglich Frau Höhenwarter bereit an einem oder zwei Tagen diese Aufsicht zu übernehmen. Sie hat allerdings bereits angekündigt, dass sie eine Kur beantragt hat und dann mehrere Wochen nicht zur Verfügung steht. Die LehrerInnen übernehmen die Aufsicht erst ab 7.45 Uhr. Gemeinsam mit Frau Bruckmüller Sabine, Obfrau des Elternverein, wurden verschiedene Personen angerufen.

Die Abteilung Bildung sagt, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist eine Aufsicht zu stellen. Der AL hat sich auch in den umliegenden Gemeinden erkundigt. In Munderfing wird die Aufsicht, ebenso wie der Lotsendienst durch den Elternverein wahrgenommen und von der Gemeinde finanziert. In Lochen wird die Aufsicht über das Hilfswerk wahrgenommen. Die Betreuerin ist zusätzlich als Integartionshelferin angestellt.

Die LehrerInnen haben sich bereit erklärt nur im Notfall die Aufsicht zu übernehmen, aber nicht auf Dauer. Das gleiche Problem wird in der VS Lengau entstehen, da Frau Yay im Mai in Karenz geht und die Nachfolge noch nicht feststeht. Der BM dankt Frau Bruckmüller, die Stunden damit verbracht hat eine Aufsicht zu finden. Man hat sich auch rechtlich informiert. Weiters gibt es einen Postwurf. Er verliest das Schreiben, welches in diesem Zusammenhang veröffentlicht werden sollte. GV Meindl erkundigt sich ob dies durch Personal vor Ort (Schulwart oder Lehrer) möglich ist. Der BM erläutert, dass der Schulwart bereits die Aufsicht in der NMS übernimmt. Die Lehrer würden die Aufsicht bezahlt bekommen, lt. Abteilung Bildung. Er kündigt für nächste Woche einen runden Tisch mit den Fraktionsführern und den Direktoren an. GR Reichel schlägt vor den Hort für diese Betreuung einzubeziehen. Der BM sieht keinen Sinn, den Hort für eine halbe Stunde aufzusperren, da eigentlich erst am Nachmittag geöffnet ist. Er hofft auf ein Entgegenkommen der LehrerInnen.

Berichte des BM:

- Der BM verliest den Brief der Pfarre Friedburg über die Schneeräumung. (**ANLAGE 7**). Er sieht die Prioritäten in der Räumung der Straßen, Haltestellen und Parkplätze bei Schulen.
- Der BM berichtet über die Vorsprachen bei LR Mag. Steinkellner (**ANLAGE 8**) und bei LR Gerstorfer (**ANLAGE 9**) und verliest die Antworten.

- Der BM informiert über die Anfrage der BH Braunau über die Möglichkeit der Errichtung eines Tierheimes. Er appelliert an die Gemeinderäte zu überlegen wo eine Errichtung möglich wäre.
- Der BM gibt bekannt, dass ca. 40 Personen durch das Gemeindeamt aufgefordert wurden, eine Wohnsitzerklärung abzugeben, welche in der Gemeinde Lengau nur mit Nebenwohnsitz gemeldet sind obwohl in der Gemeinde hauptsächlich gewohnt wird. Es geht hier um die Ertragsanteile, welche sonst an die anderen Gemeinden gehen.
- Die Evaluierung der Gemeindefinanzierung Neu soll bereits heuer erfolgen.
- Der BM verliest das Dankschreiben des Vereines der Oberösterreicher in Innsbruck für die Teilnahme am Ball.
- Der BM informiert, dass durch das Land Oberösterreich ein Raumordnungsprogramm für die Freihaltung für Verkehrsflächen vorgesehen ist. Eine diesbezügliche Besprechung soll am 18.03.2019 mit den Arbeitskreismitgliedern, DI Poppinger und Ing. Zechmeister. Die Frist für die Abgabe der Stellungnahme der Gemeinde Lengau wurde bis 22.04.2019 verlängert.

Nachdem die Tagesordnung erschöpft ist und sonstige Anträge und Wortmeldungen nicht mehr vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 21.35 Uhr.

Genehmigung der Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung

Gegen die während der Sitzung zur Einsicht aufgelegene Verhandlungsschrift über die letzte Sitzung vom 13.12.2018 wurden keine Einwendungen erhoben / über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

.....

(Vorsitzender)

(Gemeinderat)

.....

(Schriftführer)

(Gemeinderat)

.....

(Gemeinderat)

(Gemeinderat)

Der Vorsitzende beurkundet hiermit, dass gegen die vorliegende Verhandlungsschrift in der Sitzung vom 12.04.2019 keine Einwendungen erhoben wurde / über die erhobenen Einwendungen der beigeheftete Beschluss gefasst wurde.

Lengau, am 12.04.2019

Der Vorsitzende:

*Nichtzutreffendes streichen

.....